

ANALYSE

Wer sind die Neuen?

Warum junge Menschen bei der Bundestagswahl 2025
erstmalig AfD gewählt haben. Eine Fokusgruppen-Analyse

Von Paulina Fröhlich | Mai 2025

Herausgegeben von TTRex – Thinktank Rechtsextremismus und Das Progressive Zentrum

Inhaltsverzeichnis

Einleitung und Methodik	3
Zusammenfassung	5
Ergebnisse	6
Wer sind die Neuen?	6
Wahlmotivation der Neuen	7
Meinungsbildung: Medien und Bekanntenkreis	15
Rückgewinnung für demokratische Optionen	16
Schlussbemerkung	20
Endnoten	21
Quellenverzeichnis	22
Über das Team hinter der Analyse	25
Zitationsvorschlag	27
Impressum	27

Einleitung

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat bei der Bundestagswahl 2025 im Vergleich zu 2021 einen erheblichen Stimmenzuwachs von 10,4 Prozentpunkten erlebt – und landete mit insgesamt 20,8 Prozent und weniger als 8 Punkten Abstand auf dem zweiten Rang hinter der Union. Die Wähler:innenschaft der Partei ist jünger und weiblicher geworden und unter Arbeiter:innen wurde sie erstmals stärkste Kraft. Ein Blick auf die Altersgruppen verrät, dass die AfD den größten Stimmenzuwachs unter den 18- bis 24-Jährigen verzeichnen konnte, gefolgt von den 25- bis 34-Jährigen (tagesschau.de, 2021, 2025a). Während bei der Bundestagswahl 2021 noch die FDP und die Grünen mit Abstand stärkste Parteien unter Erstwählenden waren, wurden sie bei der Bundestagswahl 2025 von der AfD und den Linken abgelöst und weit abgeschlagen (tagesschau.de, 2025a).

Dieses weitere Erstarken der AfD und die Diversifizierung ihrer Wähler:innenschaft sind relevant für die Demokratie, weil die Partei – erst kürzlich durch das Bundesamt für Verfassungsschutz bestätigt – bundesweit als rechtsextrem gilt und diese Ideologie ihre politischen Ziele leitet.¹ Laut Verfassungsschutz gibt es „zahlreiche Anhaltspunkte für von der AfD ausgehende Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2025). Ein zunehmender politischer Einfluss könnte daher erhebliche Veränderungen für die Bundesrepublik bedeuten und die Demokratie ernsthaft gefährden (Decker, 2022; Schroeder & Weißels, 2023).

Die Wähler:innenbindung unter AfD-Unterstützenden ist signifikant höher als die anderer Parteien. Das bedeutet: AfD-Wähler:innen können sich in der Regel deutlich seltener als z. B. SPD- oder CDU-Wähler:innen vorstellen, auch eine andere Partei zu wählen (Lewandowsky & Wagner, 2023). Gleichzeitig gilt die Wahlentscheidung jun-

ger Menschen als volatil und noch nicht eindeutig festgelegt (Franklin, 2020; Kiess & Porto, 2024; Lang, 2023; Steiner, 2023; Rekker, 2022).

In Anbetracht dessen und des großen Erfolgs der AfD unter jungen Menschen 2025 stellen sich für uns daher folgende Fragen:

- Warum haben sich viele junge Menschen bei der Bundestagswahl 2025 entschieden, der AfD ihre Stimme zu geben, während sie es bei Wahlen zuvor nicht taten?
- Wie festgelegt sind sie in ihrer Wahlentscheidung?
- Was macht es wahrscheinlicher, oder unwahrscheinlicher, dass diese jungen Wähler:innen zu festgelegten AfD-Wähler:innen werden?

Methodik

Um den oben genannten Leitfragen nachzugehen, wurden Gespräche in vier moderierten Fokusgruppen mit insgesamt 26 Menschen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren geführt. Diese fanden am 11. und 12. März 2025 statt. Die Moderation der Gespräche folgte einem strukturierten, aber offenen Ansatz, um die Teilnehmenden zur freien Diskussion anzuregen; Leitfragen aus einem Fragebogen dienten dabei als Orientierung. Der Fragebogen umfasste drei wesentliche Themenschwerpunkte: Stimmung in Deutschland, Themen und Informationsquellen, Blick auf die Politik. Die Rekrutierung und Moderation der Fokusgruppen erfolgte über die Agentur für Wahl- und Meinungsforschung pollytix. Unter den Teilnehmenden waren 13 Frauen und 13 Männer, von denen 14 in ostdeutschen und 12 in westdeutschen Bundesländern wohnen. Die bewusste Überrepräsentation ostdeutscher Teilnehmer:innen erfolgte, um den dort signifikant höheren Wahlanteilen der

AfD Rechnung zu tragen (Trebing, 2025). Die Fokusgruppen wurden nach Region des Wohnortes getrennt. In allen Gruppen wurde darauf geachtet, unterschiedliche Bildungsstandards und Einkommensstände aus der Gesellschaft abzubilden. Alle Teilnehmenden haben bei der Bundestagswahl 2025 erstmals der AfD ihre Stimme gegeben und hatten bei vorherigen Wahlen eine andere Partei oder gar nicht gewählt. **Wir bezeichnen die Teilnehmer:innen in der vorliegenden Analyse als „die Neuen“.**

Die Auswertung der Gespräche erfolgte mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse. Dabei wurden zentrale Themen, Muster und Unterschiede in den Antworten identifiziert und manuell kategorisiert. Zur Veranschaulichung der Ergebnisse wurden relevante Originalzitate aus den Gesprächen verwendet. An der Analyse beteiligt waren die Agentur für Wahl- und Meinungsforschung pollytix, Das Progressive Zentrum (DPZ) und der Thinktank Rechtsextremismus (TTRex) des Compact e.V.. Ziel der Studie ist es, evidenzbasierte Erkenntnisse zur politischen Meinungsbildung bei jungen AfD-Wähler:innen zu gewinnen, die zu einer demokratischen Auseinandersetzung mit einer rechtsextremen Partei beitragen sollen, deren Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Zusammenfassung

Wahrnehmung der Lage

Die Neuen verbindet ein spezifischer Pessimismus. Einige haben eine idealisierte Vorstellung eines früheren Deutschlands, das in der Welt stets Anerkennung gefunden und ein verlässliches Aufstiegsversprechen für alle Bürger:innen bereitgehalten habe. Andere sind der Meinung, es ginge hier schon seit Jahrzehnten unfair und prekär zu. Während sie sich in ihrer historischen Lesart unterscheiden, so verbindet sie doch die Beurteilung von Gegenwart und Zukunft: Sie nehmen den Zustand des Landes als durch und durch negativ wahr. Spätestens seit der Coronapandemie gebe es Misstrauen in den Staat; die Gesellschaft sehen sie als entzweit. Die Neuen können nichts nennen, was derzeit gut liefe im Land. Sie fühlen sich stark verunsichert in Bezug auf die nahe Zukunftserwartung und orientierungslos im Weltgeschehen.

Werte und Einstellungen

Die politischen Einstellungen der Neuen lassen sich nicht eindeutig auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Während der eigene Lebensentwurf der meisten klassisch-konservativ wirkt, sind viele Neue von progressiven Positionen – zum Beispiel in Bezug auf Energiepolitik oder das Abtreibungsrecht – überzeugt. Das für sie mit Abstand wichtigste Thema ist jedoch Migration, bei dem sie eine deutlich restriktivere Haltung einnehmen – insbesondere in Bezug auf Zuwanderung und Integration. Gefühlte Fairness scheint bei unterschiedlichen Themen ein wichtiger Gradmesser für sie zu sein. Leistung in Form von Arbeit steht im Mittelpunkt ihrer Anerkennungslogik. Die Neuen lehnen Extremismus ab, können aber kaum benennen, was diesen auszeichnet und problematisch macht. Der auch durch den Verfassungsschutz dokumentierte Rechtsextremismus der AfD wird kaum als solcher wahrgenommen oder als lästiger, für die Partei untypischer Einzelfall verstanden. Ihr Blick auf Demokratie ist bei vielen der Neuen durch ein teils naives, teils klar majoritäres Politikverständnis geprägt.

Wortbruch der Alten

Den sogenannten etablierten Parteien wird ein Versagen bei der Gestaltung zentraler Politikfelder vorgeworfen. Erfolge vergangener Regierungen werden kaum anerkannt. Die Neuen haben zwar Respekt vor den historischen Leistungen von Union und SPD, halten die Parteien aber nicht mehr für agil genug, um heute Deutschland zu regieren. Bei den Themen, die sie umtreiben (Migration, sozialer Aufstieg, Rente, Sicherheit) gelten sie gar als „Versprechensbrecher“. Das Nichteinhalten von (Wahl-)Versprechen ist ein zentraler Aspekt der Entfremdung der Neuen von beiden Parteien. Das kurz nach der Wahl noch vom alten Bundestag verabschiedete Sondervermögen für Bundeswehr und Infrastruktur wird als besonders eklatantes Beispiel für diese „Unaufrichtigkeit“ angeführt und insbesondere Friedrich Merz angelastet.

Wechsel durch Sicherheit

Das Wahlverhalten junger Menschen ist volatil. Auch die Neuen sind offen, beim nächsten Mal eine andere Partei zu wählen. Voraussetzung dafür ist, dass sie sich mit ihrem Blick auf die Gegenwart und starken Wunsch nach Sicherheit in der Zukunft gesehen fühlen. Sie honorieren, was sie als klare, verlässliche Haltungen wahrnehmen, ebenso wie schnelle Kommunikation und hohe Responsivität. Sie wünschen sich Kontakt in Form von Bürgernähe und sichtbare Tatkraft sowie eine gewisse Radikalität im Sinne der staatlichen Handlungsfähigkeit bzw. einen Pragmatismus in der Sache. Wenn die Neuen hingegen den Eindruck gewinnen, dass ihre Stimme für die AfD als Proteststimme wirkt, indem andere Parteien scheinbar unter Druck geraten und deshalb Positionen der AfD übernehmen, fühlen sie sich wahrscheinlich in ihrer Wahlentscheidung bestätigt und würden sich vermutlich erneut für die AfD entscheiden.

Ergebnisse

Wer sind die Neuen?

Die neuen, von uns befragten AfD-Wähler:innen unter 30 Jahren sind politisch interessierte, wenn auch nicht immer politisch informierte Menschen mit einem stark ausgeprägten Gerechtigkeitsempfinden. Stellenweise zeigen sie politisches Detailwissen in bestimmten Fachbereichen, während sie grundlegendes Politikwissen – wie z. B. über Gesetzgebungsprozesse oder Koalitionsbildung – vermissen lassen. Daraus resultiert mitunter eine gewisse Naivität, was die demokratische Praxis und den persönlichen Nutzen politischer Entscheidungen angeht. Politische Umstände werden von ihnen rasch in „fair“ oder „unfair“ eingestuft und als allgemeingültig verstanden.

„Es ist einfach nur unfair, dass die Ausländer dann noch in die deutschen Gefängnisse kommen [und da] auf unsere Staatsgelder, irgendwie durchgefüttert werden.“

„[Ich finde gut, dass Alice Weidel] sich manchmal einfach aus den Diskussionen rauszieht, wenn sie unfair behandelt wird. Das mache ich auch so.“

Die Neuen definieren sich und bewerten andere häufig über ihre Lohnarbeit: Produktive Leistung legitimiere gesellschaftliche Teilhabe und bringe Anerkennung. So überrascht es nicht, dass sich viele von ihnen dafür aussprechen, das Bürgergeld abzuschaffen oder zu begrenzen. Auch ihre Lebensziele sind häufig materiell². Diese – auch durch viel Lohnarbeit – rasch erreichen zu können, wird als „fair“ und berechtigt empfunden³.

„Bürgergeldempfänger, die arbeiten können, sollen arbeiten.“

„[I]ch bin halt frisch aus der Ausbildung raus, bin dabei, mein eigenes Leben aufzubauen, meine Wohnung, mein Auto, hier, dies und das.“

„Wenn wir Ausländer reinholen, die dann am Ende des Tages Bürgergeld kassieren, dann sind das keine Facharbeiter.“

Ihre politischen Einstellungen und Werte wirken nicht extrem, sondern gerade bei sozialen und ökonomischen Fragen konservativ. Zu den für sie wichtigsten Themen gehören Migration, Sicherheit und (persönliche wie nationale) wirtschaftliche Stabilität⁴. Während auch ihre Lebensentwürfe und Ziele konservativ sind, scheinen ihre politischen Forderungen nicht eindeutig verortbar. Ihre restriktive, zum Teil radikale Perspektive auf die Themen Migration, Asyl und Integration stehen dabei in starkem Kontrast zu einer Bejahung etablierter progressiver Positionen in Bereichen wie Klima- und Energiepolitik oder Frauenrechte (vor allem das Abtreibungsrecht). Während die Neuen in ihrer Positionierung zur Migration die größte Stärke der AfD sehen, wird die Partei von ihnen in anderen Bereichen als weniger kompetent wahrgenommen und Parteipositionen teilweise abgelehnt und zurückgewiesen.

„Also die AfD ist wirtschaftlich gesehen nicht so sonderlich gut, vor allen Dingen auch für uns alle hier, für uns junge Leute, die arbeiten.“

„Die AfD hat 95 Prozent Müllthemen und 5 Prozent ein Thema, das gut ist und das ist eben die Migration.“

„Also was ich überhaupt nicht nachvollziehen kann, ist das mit den Schwangerschaftsabbrüchen, also dass Abtreibung gefühlt eliminiert werden [...] oder massiv eingeschränkt werden, weil ich finde, das ist so voll rückschrittlich, also das spricht so voll gegen Emanzipation.“

„Mir war wichtig, [...] dass die Infrastruktur besser wird, dass die Straßen besser befahrbar sind. Hat alles was mit Bürokratie [...] zu tun.“

„[...] wenn ich schon so viel Steuern zahle, könnte das zum einen in andere Sachen – also mehr Bildung, auch mehr freie Angebote fließen – [...] oder dass es generell einfach so steuerliche Erleichterungen gibt.“

Wahlmotivation der Neuen

Desillusioniert von Deutschland

Um die Wahlmotivation der Neuen zu verstehen, lohnt sich zunächst der Blick auf ihre allgemeine Beurteilung der politischen Lage Deutschlands. Diese fällt extrem pessimistisch aus. Die Coronapandemie wird häufig als negativer Wendepunkt beschrieben – in Bezug auf Sicherheit, finanzielle Stabilität und ein allgemeines Sicherheitsgefühl. Seitdem befinde sich die Bundesrepublik in einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale, u. a. durch die Abwanderung von Firmen. Dadurch sehen die Neuen auch die Stellung Deutschlands als Mittelmacht und Vorreiter in der EU gefährdet. Dabei steht ihre Einschätzung der gesellschaftlichen Situation in Deutschland im Kontrast zur Wahrnehmung ihrer persönlichen Lage: Während erstere sich zunehmend verschlechtere, berichtet die Mehrheit der Neuen auf individueller Ebene von Erfolgen und Aufstieg.

Gleichzeitig sinkt ihr Gefühl von Sicherheit – sowohl im Kontext innerer Sicherheit (z. B. nachts auf der Straße oder bei großen, öffentlichen Veranstaltungen) als auch bezogen auf die persönliche ökonomische und soziale Zukunft (z. B. Vermögensaufbau, Eigenheim, Rente). In diesen Bereichen fühlen sie sich den aktuellen politischen Entscheidungen „ausgeliefert“. Deutlich wird, dass verschiedene **Narrative**, die die AfD verbreitet, bei den Neuen **verfangen**, z. B. die Verknüpfung von Migration und behaupteter fehlender innerer Sicherheit und ökonomischer Stabilität. Die Neuen nehmen das Land als stark gespalten wahr und attestieren ein vergiftetes Debattenklima, das sich einseitig gegen sie richtet. Ihre vagen Zukunftswünsche unterscheiden sich nicht groß von denen anderer Wähler:innen

(wohlhabend sein, inmitten einer freien Gesellschaft in Sicherheit und Frieden zu leben mit intakter Umwelt); jedoch glauben sie nicht daran, dass diese Zukunft eintritt. Gleichzeitig haben sie – wie viele junge Menschen (Institut für Generationenforschung, 2024) – keine klare Vorstellung davon, wie eine ideale Gesellschaft aussehen könnte oder sollte, und keinen solidarischen oder gemeinschaftlichen Gesellschaftsentwurf oder Zukunftstraum. Deutschland, für einige ehemals stolz und erfolgversprechend, ist für sie dysfunktional und unfair geworden.

„Es ist alles so unklar: Ich fühle mich nicht vorbereitet und gebrieft, was mich in der Zukunft erwartet.“

„Also wir haben jetzt aktuell das Problem, dass sehr viele Firmen ins Ausland abwandern und wir unseren Status als Wirtschaftsmacht quasi verlieren, so langsam aber sicher.“

„[Ich habe das Gefühl], dass die Bürger eigentlich so im Regen stehen gelassen werden. Ihre Ängste, Bedenken, Sorgen meiner Meinung nach nicht ernst genug genommen werden.“

„[I]ch wünsche mir, dass ich irgendwann in zehn, 15 Jahren idealerweise nicht mehr in Deutschland lebe, weil [...] mittlerweile ist eigentlich Deutschland für mich nicht mehr Deutschland.“

Das Gefühl der Unsicherheit ist sehr prägend für die Neuen und gilt bei Weitem nicht nur in Bezug auf den Themenkomplex Migration. Für sie ist die Zukunft Deutschlands als Wirtschaftsnation und als politisch verortete Instanz in der Welt ungewiss. Das Deutschland, das ihnen einst die Voraussetzungen für Erfolg bot, scheint für sie verloren gegangen zu sein.

Für ihre persönliche Situation scheinen sich die Neuen einen persönlichen Zukunftsplan mit Sicherheitsstufen zu wünschen: Wenn ich A leiste, erhalte ich B. Diese Wünsche sind vor allem materiell und klassische Symbole eines wohlhabenden Lebens (eigene Wohnung, eigenes Haus, Urlaube,

Auto, Finanzanlagen etc.). Selbst wenn einige von ihnen trotz ihres jungen Alters bereits ein paar dieser Wünsche erreicht haben oder auf einem guten Weg dahin scheinen, stellt sich kein Sicherheitsgefühl ein. Unter Männern taucht auch der Wunsch bzw. das verpflichtende Gefühl auf, „eine Familie ernähren zu können“.

Protest und Enttäuschung

„In der Gesamtschau liefern jüngere Alterskohorten ein zum Teil widersprüchliches und volatiles Wahlverhalten ab ...“, heißt es in der neuesten Analyse der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) zu politischen Einstellungen und Wahlverhalten junger Menschen aus dem Februar 2025 (DKJS, 2025). Diese Volatilität gilt es auch bei der vorliegenden Analyse zu bedenken.

Die Neuen sind nicht auf die AfD als dauerhafte Partei ihrer Wahl festgelegt. Viele von ihnen berichten, die AfD aus Protest oder Enttäuschung gewählt zu haben. Diese Gründe sind zwar wissenschaftlich zu trennen, von den Neuen werden sie jedoch umgangssprachlich synonym verwendet. Während Protest spezifische Unzufriedenheit, auch ohne Hoffnung auf Besserung oder Favorisierung von Alternativen ausdrückt, kennzeichnet Enttäuschung eine vorausgegangene Erwartungshaltung (Seyd, 2013; Öztürk, 2012).

Mediale Berichterstattung nach Bundes- oder Landtagswahlen resümiert häufig: „Überzeugung statt Protest“ (tagesschau.de, 2024) oder „Die AfD wird mehrheitlich aus Überzeugung gewählt“ (Niendorf, 2025). Damit verbreitet sich die Annahme, Protest sei kein bedeutendes Leitmotiv bei einer AfD-Wahlentscheidung. Tatsächlich greift die dichotome Abfrage von Überzeugung oder Protest zwar zu kurz, um eine tragfähige Analyse zu bieten, jedoch gibt es eine relevante Auffälligkeit. Nach der Bundestagswahl 2025 wurden erstmals die Ergebnisse dieser spezifischen Nachwahlbefragung der Tagesschau getrennt ausgewertet, je nachdem, ob der bzw. die Wähler:in sich erstmals für die AfD entschieden hatte oder bereits

mehrfach. Das Ergebnis zeigt: Eine deutliche Mehrheit von knapp 60 Prozent der erstmaligen AfD-Wähler:innen wählte sie aus Protest (hingegen 38 Prozent aus Überzeugung (tagesschau.de, 2025b), während 39 Prozent der langjährigen AfD-Wähler:innen Protest als Hauptwahlgrund angab, aber 54 Prozent die Überzeugung. Unser Befund bei den Neuen entspricht eben dem: **Enttäuschung und Protest bleiben die Eintrittskarten in den radikalen Populismus.**

„Ich habe jetzt nicht die AfD gewählt, weil ich jetzt Björn Höcke oder Alice Weidel super finde, sondern auch vor allem aus Protest, aber ich glaube, ein zweites Mal wird es nichts werden.“

„Weil ich in der Migration schon eine Gefahr sehe, aber sonst sehe ich da keine Vorteile [bei der Wahl der AfD].“

„Klar wusste ich, dass die AfD nicht an die Macht kommt, aber für mich war es trotzdem wichtig, das Zeichen zu setzen.“

„Für mich war das in der ersten Linie eigentlich so die Wahl zur AfD [...] so ein Protestmove gegenüber den Altparteien und damit auch mit einer gewissen Mehrheit deutlich wird, dass man auch unzufrieden ist, mit der Politik [die] gerade geführt wird.“

„Ich habe mir jetzt das Ganze zwei Legislaturperioden quasi angeguckt und die CDU hat mich vor acht Jahren schon mal enttäuscht. Danach hat es die SPD nicht hinbekommen und ich warte jetzt eigentlich nur bei dieser Wahl, welche Partei es denn wirklich hinbekommt, am meisten reinzuschießen.“

Ein wesentlicher Grund für die Wahlentscheidung ist die Enttäuschung über die gefühlte mangelhafte Einlösung politischer Wahlversprechen. Tatsächlich eingelöste Wahlversprechen und konkrete politische Erfolge werden kaum gesehen oder als aner kennenswert geschätzt. Viele der Neuen meinen, es sei nur sinnvoll und gerecht, dass – da

alle anderen Parteien an der Lösung von Problemen offenkundig gescheitert seien – es nun einmal die Partei versucht, die diese Probleme ohne Umschweife benennen würde, aber bisher nie regieren durfte. In dieser Begründung steckt sowohl ein wertfreier Pragmatismus (alle Lösungsangebote mal ausprobieren) als auch ein **demokratischer Gleichheitsirrtum** (jede:r muss mal regieren dürfen) – als gäbe es eine Rotationslogik der Fairness. Mangelnde Regierungserfahrung – ob im Bund oder auf Landesebene – wird der AfD a priori als Vorteil beschieden, da sie bisher noch nicht enttäuscht hätte.

„Die AfD ist mal dran es jetzt zu probieren, die anderen haben es ja alle erfolglos versucht“

„Ich traue es eher Parteien zu, die bisher nicht in Regierungsverantwortung waren. Die sollen das mal in der Praxis ausprobieren.“

„Ich hab 2021 die CDU gewählt, aber das hat sich auch nicht gelohnt für mich.“

Demokratieverständnis

Die Wahlentscheidung der Neuen kann zumindest teilweise auch mit ihrem Demokratieverständnis begründet werden. Dieses ist ungeduldig und stark output-orientiert: Demokratie funktioniert, wenn gesellschaftliche Forderungen schnell, in ihrem Sinne, sicht- und spürbar umgesetzt werden. Eine allgemeine Kompromissbereitschaft aufgrund der Notwendigkeit von Koalitionen ist dabei vorhanden.

„Also, auch wenn sie [die AfD] [...] von ihrem Wahlprogramm vielleicht nur die Hälfte durchbekommen und im Thema Sicherheit nicht so radikal, wie sie es jetzt propagieren, [...] einen Kompromiss mit der CDU findet, [...] dass man alle Straftäter beispielsweise wirklich abschiebt, dann hätte man ja schon viel mehr gewonnen, als aktuell die Situation ist.“

Viele der Neuen haben ein **majoritäres Politikverständnis**, wobei gefühlte und tatsächliche Mehrheiten jedoch nicht immer trennscharf sind. Die klassisch populistische Denkfigur, in welcher eine moralisch abgewertete politische Elite dem moralisch aufgewerteten einfachen Volk gegenübersteht (Lewandowsky, 2024; Mudde, 2004), ist breit vertreten. Eine Regierungsbeteiligung der AfD wird von einigen allein deshalb per se erwart-

tet, weil sie in der Bundestagswahl zweitstärkste Kraft wurde. Andere wissen, dass es in dieser Hinsicht keinen Automatismus gibt. Gründe, weshalb andere Parteien ausschließen, mit der AfD zu koalieren und ihr somit Zugang zu politischer Macht zu geben, sind kaum bekannt und stoßen nicht auf Verständnis. Das bedeutet, die Erklärung dafür, wer oder was weshalb undemokratisch ist, scheint ihnen bisher unzugänglich.

„Also in einer Demokratie, die richtig funktionieren würde, müssten eigentlich CDU und AfD zusammenarbeiten.“

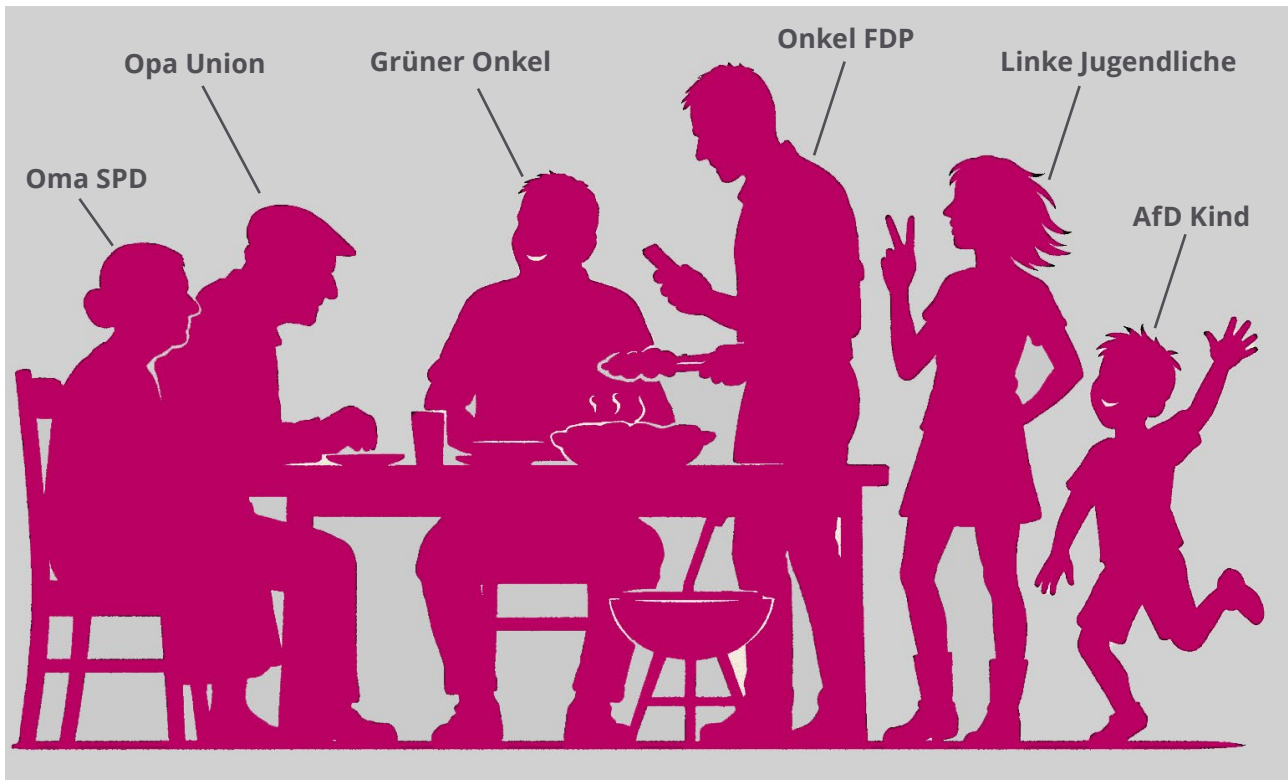
„Die Demokratie ist schon wichtig. Weil manche Leute dann in ihrer Meinung das einzig Wahre sehen und alles andere ausblenden und da helfen dann die anderen Leute, [...] mehrere Blicke, Perspektiven zusammenzufügen und dann halt ne Lösung für jedermann zu finden.“

„Es war klar, dass die CDU sie nicht mit offenen Armen empfängt, aber ich finde einfach, es ist eine Demokratie und wenn die AfD die zweitstärkste Macht ist, kann nicht einfach die Regierung sagen, nein, wir arbeiten nicht mit denen zusammen.“

Der Enttäuschung gegenüber steht auf der Angebotsseite etwas scheinbar Verheißungsvolles, das mit Aufregung, „frischem Wind“ und kindlicher Energie assoziiert wird: die Versprechen der AfD. Fehltritte und Übertreibungen werden zum Teil eher liebevoll als Begleiterscheinungen eines „Wirbelwinds“ gewertet, Rassismus, Lügen und enge Verbindungen zu Rechtsterrorist:innen als Verleumdung abgetan. Derbe Wortwahl, provokante Auftritte, aber auch radikale Inhalte zeigten zumindest deutlich, dass die AfD etwas anders mache als die anderen. Dies gilt als mutig. Die Attraktivität dessen mag erstaunlich wirken, bedenkt man den eigenen eher konservativ-biedereren Lebensstil und -wunsch der Neuen. Womöglich gilt die AfD für einige als aufregende Stellvertreterin oder radikalere Vorhut, **die kurzfristige Disruption zum Wohle langfristiger Sicherheit** bringen könnte.

„Die anderen haben es jetzt jahrelang verkackt, jetzt wählen wir mal was Neues, Frisches.“

„Ich habe irgendwie das Gefühl, dass die AfD wirklich geradeheraus sagt, was sie vorhaben und nicht so wie die anderen Politiker irgendwie so um den heißen Brei herumredet.“



Parteienlandschaft als Familienaufstellung

Auf die Bitte hin, Fotos von Familienmitgliedern begründet einer Partei zuzuordnen, entstand in allen vier Fokusgruppen dasselbe Ergebnis:

Die Union und SPD werden als alteingesessene Rentnerparteien gesehen. Sie sind die Großeltern bei der Familienfeier (CDU der Opa, SPD die Oma, die mit Kindern und Enkeln zugange ist). Man setzt sich schon gern mal neben sie zum Plaudern über alte Zeiten und um Weisheiten zu erfahren, aber so richtig ernst kann man sie nicht mehr nehmen.

„Mit denen macht man nicht viel falsch, aber da kommt jetzt auch nichts Neues mehr.“

„Das sind beides so Parteien, die uralt sind. Waren mal Gegenpole, aber inzwischen stehen die nur dafür, was sie sein wollen, aber nicht umsetzen.“

„Der Kernpunkt der Politik ist auch nicht auf der Jugend, sondern eher im höheren Alter angesiedelt.“

Die FDP, Grüne und Linke gelten als realitätsfern, unerfahren oder abgelöst. Grüne repräsentieren den seltsamen Onkel, „der überall seinen Senf dazugibt, ohne Ahnung zu haben“, der vielleicht auch mal gute Arbeit geleistet hat („Die Grünen haben schon mal gute Vorschläge, würde ich behaupten“), während die FDP einfach „ausgedient“ habe.

Alle Fokusgruppenteilnehmer:innen weisen **der AfD** das Bild des herumtobenden Kindes zu, welches frech und fröhlich lacht („Frech! Bringt frischen Wind rein!“; „Kleiner Wirbelwind, kann viel ins Rollen bringen“).

BSW: Kaum bekannt. Wenn, dann werden die Ansätze gelobt (im Familienbild ebenfalls ein Kind, das Bausteine aufeinander stapelt.)

Haltung gegenüber anderen Parteien

Die etablierten Parteien gelten für die Neuen damit in erster Linie als **Versprechensbrecher**. Ihre Ziele teilen die Neuen häufig (bspw. zu Kitaplätzen oder Wirtschaftswachstum), die Realität jedoch sei Beweis genug dafür, dass diese Parteien ihre Ziele nicht einhalten könnten oder wollten: „Wenn das bisher nicht passiert ist, warum jetzt, ne?“

Bezüglich politischer Angebote gelten sie daher zunächst als **unglaublich**. Da die Fokusgruppengespräche am 11. und 12. März 2025 stattfanden, wurde besonders häufig Friedrich Merz' Richtungswechsel in Fragen der Sondervermögen („Wortbruch“) als weiterer Beweis dafür herangezogen, dass der CDU nicht zu trauen sei.

Dennoch steht die CDU den Neuen politisch noch am nächsten. Mehrfach wird sich eine schwarzblaue Zusammenarbeit gewünscht. Die Aufrechterhaltung der „Brandmauer“ sehen die Neuen hierbei kritisch bzw. können sie die Argumentation dafür nicht nachvollziehen. Auch wird der Union fehlende Durchsetzungskraft in vorhergehenden Regierungen sowie Oppositionen attestiert; einige der Neuen wanderten (auch) deshalb zur AfD ab.

„... bei vielen Punkten ist es recht ähnlich, die CDU gewesen, weil ich gesagt habe, da sind einige Punkte, die mich auch irgendwie ansprechen. Aber auch die CDU war jahrelang irgendwie am Zug. Und da sind viele Sachen einfach nicht passiert, die versprochen wurden oder die, ja, die umgesetzt werden sollten oder die mir im Wahlprogramm tatsächlich fehlen. Und bei der SPD letztendlich das Gleiche.“

Während die Grünen in vielen – wenn auch nicht allen – Politikbereichen weit von der politischen Haltung der Neuen entfernt sind, so erhalten sie doch zumindest dafür Respekt, nicht als wankelmütig zu gelten, im Gegensatz zur Union und SPD. In der Energiepolitik und zu Frauenrechten scheinen die Haltungen zwischen vielen der Neuen und den Grünen gleich. Trotz allen Missmuts zeigen sich die Neuen offen dafür, in Zukunft (wieder) eine dieser Parteien zu wählen.

Alice Weidel, „Bernd“ Höcke und der Extremismus

Während Björn Höcke⁵ auch aus Sicht der Neuen ein Extremist und einigen dann doch zu offensichtlich radikal ist, verbindet die Neuen ein ausgesprochen positives Bild von Alice Weidel. Weidels persönliche Kontroversen zur Parteilinie deuten für die Neuen darauf hin, dass die Partei doch nicht so radikal ist, wie behauptet wird. Die Spitzenkandidatin wird als ruhig, besonnen und freundlich angesehen und auch ihr Alter ist vereinzelt ein Pluspunkt. Seltener als Alice Weidel, jedoch auch positiv, wird Tino Chrupalla genannt. Laut den Neuen hat er ein „sicheres Auftreten“ und „weiß, worüber er redet“.

„Ich glaube, ein 65-, 60-, whatever-Jähriger hat einfach ein ganz anderes Verständnis als jemand Jüngerer, der auch einfach [mit Interessen von Jüngeren] arbeiten kann.“

„Ich habe da auch so ein Bauchgefühl, irgendwie auch so von deren Auftreten. Zum Beispiel die Alice Weidel. Also ich bin irgendwie schon begeistert von der. Ich finde, die hat auch eine total starke Ausstrahlung und wirkt auch sehr selbstsicher.“

Im Gegensatz dazu wird Björn Höcke aufgrund seiner Radikalität abgelehnt. Einige sehen die Debatte um Höcke jedoch auch als überzogen und von den Medien und politischen Gegner:innen aufgeblasen. Björn Höcke gilt zwar als Problem, jedoch als eindeutige Ausnahme und wird als „schwarzes Schaf“ bezeichnet, das es aber „[i]n jeder Partei gibt“. Allgemein wird **Extremismus** in der AfD von den Neuen verharmlost und **gilt als Einzelfall**, der kaum Einfluss auf die Gesamtpartei habe. Es wirkt wie auswendig gelernt, dass Extremismus schlecht sei; auf Nachfragen, was genau daran problematisch sei, haben die wenigsten eine Antwort. Einige Neue wollen das Gesprächsthema Rechtsextremismus abschließen, indem sie Allgemeinformeln finden, die relativierend auf jede Form des Extremismus verweisen:

„... ob es linksextrem ist, rechtsextrem, also wenn man jetzt ein Faschist ist, ist es auch nicht gut.“

„[Alice Weidel] in den Vordergrund zu stellen war eine gute Entscheidung, weil sie der Gegensatz der Vorurteile ist. Sie hat z. B. eine Frau und Kinder, die keine komplett helle Hautfarbe hat.“

„Ich glaube, da ist halt einfach auch ein sehr krasses Framing gegenüber der AfD von Medien und von anderen Parteien.“

„Also, wenn das nur so einzelne Leute sind, dann ist das ja nicht die ganze Partei, sag' ich jetzt mal.“

„Früher [im Nationalsozialismus] war ja auch nicht alles schlecht.“

„Also keiner hier hat ja so Interesse an so einer Extremen oder ich zumindest, ich spreche mal nur für mich. Die Grundidee stimmt einfach, aber nicht im Extremen.“

Die Neuen wissen um faschistoide Aussagen von Parteivertreter:innen und extremistische Tendenzen. Diese scheinen ihnen unangenehm. Sie relativieren sie durch Einordnung als singuläres Problem oder als hinzunehmendes Übel gegenüber notwendigen anderen Vorteilen. Sie haben in dem Kontext auch Angst um ihr eigenes Image. Teilweise existiert daher ein Wunsch nach mittigem, gemäßigtem Auftreten der Partei – auch um ihre Wahl gegenüber Freund:innen und Familie legitimieren zu können. Der Verfassungsschutz wird – überraschenderweise angesichts zahlreicher Negativframings von Seiten der AfD – nicht als unlauteres politisches Instrument gegen die AfD genannt.

„Ich finde es in dem Sinne schwierig, dass wir dadurch als AfD-Wähler sehr oft dann als Nazi bezeichnet werden oder weil wir eben mit unserer Stimme quasi diese Nazis, die dort in der AfD beteiligt sind, unterstützen.“

„Kanzlerkandidat Bernd (sic) Höcke wäre mir zu krass, um ihnen die Zweitstimme zu geben.“

Die Neuen wissen um faschistoide Aussagen von Parteivertreter:innen und extremistische Tendenzen. Diese scheinen ihnen unangenehm. Sie relativieren sie durch Einordnung als singuläres Problem oder als hinzunehmendes Übel gegenüber notwendigen anderen Vorteilen. Sie haben in dem Kontext auch Angst um ihr eigenes Image. Teilweise existiert daher ein **Wunsch nach mittigem, gemäßigtem Auftreten** der Partei – auch um ihre Wahl gegenüber Freund:innen und Familie legitimieren zu können. Der Verfassungsschutz wird – überraschenderweise angesichts zahlreicher Negativframings von Seiten der AfD – nicht als unlauteres politisches Instrument gegen die AfD genannt.

„Ich finde es in dem Sinne schwierig, dass wir dadurch als AfD-Wähler sehr oft dann als Nazi bezeichnet werden oder weil wir eben mit unserer Stimme quasi diese Nazis, die dort in der AfD beteiligt sind, unterstützen.“

„Kanzlerkandidat Bernd (sic) Höcke wäre mir zu krass, um ihnen die Zweitstimme zu geben.“

„Die Leute, die wirklich rechtsradikal gerichtlich vom Verfassungsgericht gesagt wurden, die kann man auch einfach entfernen, damit man wirklich sich davon ein bisschen distanziert.“

„Wenn es jetzt weiterhin so ein bisschen ins Rechte gehen sollte, dann würde ich [...] es dann nicht mehr wählen.“

„Ich habe jetzt nicht die AfD gewählt, weil ich jetzt Björn Höcke oder Alice Weidel super finde, sondern auch vor allem aus Protest, aber ich glaube, ein zweites Mal wird es nichts werden.“

Die lokale Präsenz der AfD wird positiv wahrgenommen. Die Neuen empfinden die Partei (auch) deswegen in der Regel als aktiver und näher an den Bürger:innen als andere Parteien.

„Die haben, also zumindest jetzt lokal bei uns eine gewisse Volksnähe, finde ich. Die lassen sich

bei uns auf jeden Fall öfter sehen [...], seien es jetzt Boxevents oder Feuerwehrveranstaltungen oder Fußball oder was auch immer.“

Migration

Wahlentscheidend für die Neuen ist das Thema Migration, das auch eine Strahlkraft auf die Bewertung anderer Politikbereiche entwickelt.

„Der einzige Grund, warum ich sie auch gewählt habe, ist halt wirklich nur die Migration.“

„Man sollte das Problem in Bezug auf Migration so früh wie möglich angehen, damit wir in Zukunft vielleicht wieder auch vernünftiger Politik führen können.“

Die empfundenen Problematiken im Kontext von Migration lassen sich in drei Stränge unterteilen:

A. **Leistungsgerechtigkeit**, Wettbewerb um das Sozialsystem und die Daseinsvorsorge

„50 Plätze [in der Kita] werden wirklich freigehalten für Asylbesucher; wenn die kommen, dass die halt mit integriert werden.“

B. **Anzahl**, Auswahl und **Aufnahmefähigkeit**

„Ich glaube 2015 oder so, als die Grenzen so wirklich komplett geöffnet worden sind und dieser ganze Flüchtlingsstrom rüberkam, da hat das ja irgendwie so mehr oder weniger alles angefangen.“

C. **Sicherheit** im öffentlichen Raum

„Wenn man zum Beispiel so nachts mal feiern geht, dann ist man so ein bisschen aufgetakelt und dann wird einem direkt hinterher gepfiffen und also es war halt immer, wirklich immer von Ausländern und das ist einfach super unangenehm und sicherlich machen das auch Deutsche, aber ich habe es halt hauptsächlich nur von Asylbewerbern erlebt.“

Die Neuen vertreten mehrheitlich die Einstellung, dass durch die bestehende Migrationspolitik auch der Druck auf Sozialsysteme und -leistungen sowie die Rentenkasse, den Wohnungsmarkt

und Kinderbetreuungsplätze steigt. Sie glauben mehrheitlich, dass es „zu viele“ Migrant:innen seien, die Deutschland aufnehmen. Die Neuen erkennen zwar, dass andere Parteien wie CDU und SPD ebenfalls Aufnahmereduktion, strengere Kontrollen oder Rückführungen ankündigen; da diesen jedoch gefühlt nicht die entsprechenden Taten folgen, nehmen sie diese Parteien letztlich als unfähig oder unwillig wahr. Hinzu kommt ein **extrem ausgeprägtes Unsicherheitsgefühl**, das von den Neuen wie auch im politischen Diskurs häufig undifferenziert mit Migration verbunden wird. Sowohl auf Straßen als auch auf Veranstaltungen, in Parks und besonders bei Nacht fühlen sich die Neuen in Deutschland nicht sicher.

Umgekehrt ist jedoch wichtig zu erwähnen, dass das Thema Unsicherheit bei weitem nicht nur mit Migration assoziiert wird. Denn auch wenn Migration und Asyl für die Neuen die wahlentscheidenden Themen waren, welches sie politisch sehr umtrieb, spielten sie in der Beschreibung ihrer individuellen Situation nur eine nachgeordnete Rolle. Andere Themen – wie beispielsweise niedrige Renten, hohe Preise für Baustoffe und Steuern, aber auch das gesellschaftliche Klima – nehmen augenscheinlich einen höheren Stellenwert in ihrem Privatleben ein, als das Thema Migration. Dennoch war es für sie wahlentscheidend.

Auffällig ist, dass persönlicher Kontakt zwischen den Neuen und Personen mit Migrationsgeschichte Ressentiments abschwächt bzw. **Empathie** für die herausfordernde Situation Zugewandelter zu begünstigen scheint.

„[I]ch habe jetzt auch eine getroffen, die hat eine Steuerberater-Ausbildung gemacht [...]. Kommt aus der Ukraine, war jetzt hier, hat schon super Deutsch gesprochen, aber durfte nicht arbeiten. Hatte richtig Lust und durfte nicht arbeiten. Und ich habe bei der Coronapandemie bei mir mitbekommen, wenn man nicht darf, was man machen will, wenn man nicht rauskommt, wenn man keinen geregelten Tagesablauf hat, wenn man nicht arbeitet und so, fällt einem die Decke auf den Kopf, dann wird man unzufriedener, dann wird man sehr dünnhäutig.“

„Von meinem Freund, die Arbeitskollegin, die sind auch selber hergekommen und sie meinte, es ist unglaublich schwer, als Flüchtling in Deutschland eine Arbeitserlaubnis zu bekommen und da fehlt einfach die Integration.“

Eine Person wies im Gespräch besorgt auf rassistische Ressentiments und verzerrte Statistiken im Zusammenhang mit Zuwanderung hin, da sie selbst häufig migrantisch gelesen wird:

„Ich finde, es wird viel zu pauschal behauptet, jeder Schwarzkopf oder jeder Ali sei kriminell. So ein Bild wird im Netz suggeriert. Die Kriminalität sei um 150 Prozent gestiegen – was zum Teil stimmt, aber nicht im Zusammenhang mit Menschen mit Migrationshintergrund. Damit wird ein Feindbild konstruiert, das unsere Gesellschaft unnötig spaltet.“

Meinungsbildung: Medien und Bekanntenkreis

Die Neuen sind politisch interessiert und haben häufig eine Meinung. Wenn sie sich bei etwas partout nicht auskennen, räumen sie das durchaus mal ein – vor allem die Frauen. Ihre neue Wahlentscheidung hat bei vielen im **Familien- oder Freund:innenkreis** Diskussionen ausgelöst, die sie als Streit bezeichnen. Einige berichten, auch ihre Familie oder die Mehrheit ihrer Freund:innen habe sich offen für die AfD entschieden. Die meisten hingegen **fühlen sich vorverurteilt**, ausgegrenzt und unberechtigt mit Rechtsextremen über einen Kamm geschoren. Einige haben auf Nachfragen zu ihrer Wahlentscheidung gelogen, um der Konfrontation zu entgehen. Teilweise reglementieren sie sich aus diesem Grund auch selbst bei ihrer Social-Media-Nutzung, indem sie z. B. AfD-Inhalte nicht liken, sodass Freund:innen und Bekannte das nicht sehen und sie darauf nicht ansprechen können. Andere berichten davon, dass bereits alle in ihrem Freund:innen- und Familienkreis AfD wählen und sie privat keinerlei

Ausgrenzung erleben. Sehr wenige geben an, gerne politisch zu diskutieren oder den demokratischen Meinungsstreit gar zu suchen. Besonders Kommentare zu Onlinebeiträgen und Social-Media-Posts sind in dieser Hinsicht relevant für die Neuen. Sie geben an, selbst nur sehr selten zu kommentieren; dort jedoch zu sehen, dass auch andere die AfD-Inhalte gut finden, gebe ihnen ein bestärkendes Gefühl.

„Ich hatte schon ein Bestärkungsgefühl [durch Social Media].“

Allgemein besitzen die Neuen ein Gespür dafür, welchen Einfluss Algorithmen auf die ihnen angezeigten (politischen) **Inhalte auf Social Media** ausüben können – und dafür, dass Meinungen durch sie technologisch verstärkt und radikalisiert werden können. Allerdings existiert **wenig Reflexion** darüber, inwiefern die Konsequenzen auch für sie selbst gelten könnten, da sie sich aufgrund ihrer oben genannten Distanzierung vor einer solchen Beeinflussung gewahrt sehen – obwohl ihnen der Algorithmus mehrheitlich trotzdem Inhalte der AfD ausspielt.

„Ich glaube tatsächlich, dass es so ist, wenn man sich ein Video länger anguckt, dass einem dann mehr davon angezeigt wird. Eigentlich wurde mir auch nur AfD angezeigt, auch wenn ich nicht explizit dazu gesucht habe.“

„Bei mir war der Algorithmus auch nicht so stark von der Wahl betroffen, weil ich versuche, auch so politische Sachen tendenziell eher wenig zu liken, [...] oder auch wenig zu kommentieren, ehrlich gesagt. Ein bisschen war der betroffen, aber dass er mich jetzt beeinflusst hat, also TikTok oder Instagram oder sowas, würde ich jetzt nicht behaupten.“

„Ich hab tatsächlich viele Werbevideos von der AfD bekommen, also wirklich, mein kompletter Instagram Feed wurde geflutet damit.“

„[M]ein TikTok war auf jeden Fall gefüllt mit Alice Weidel, [...] sei es jetzt irgendwelche [...] Interviews, die sie halt gegeben hat oder so [...] im Bundes[tag].“

Die Sprache und inhaltlichen Begründungen der Neuen weisen darauf hin, dass einige AfD-geprägte Narrative, die die Partei auch online stark bespielt, bei ihnen Resonanz finden. Dabei geben die Neuen an, sich kaum auf Social-Media-Plattformen über politische Themen zu informieren. Die Neuen behaupten, digital auftretenden politischen Content teilweise sogar aktiv abzulehnen. Diese Selbsteinschätzung wirkt auffällig; deuten doch aktuelle Studien darauf hin, dass ein Großteil der jüngeren Generationen ihre politischen Informationen von digitalen Plattformen wie YouTube, TikTok oder Instagram beziehen (Behre et al., 2024; Feierabend et al., 2024; Schnetzer et al., 2024). Neben Familie und Freund:innen, die in der Altersgruppe typischerweise Informationsquelle Nummer eins sind (Feierabend et al., 2024; Okroi & Wendt, 2024; Vodafone Stiftung, 2024), genießen bei den Neuen Jugendformate des öffentlich-rechtlichen Rundfunks großes Vertrauen. Insbesondere „funk“, das Content-Netzwerk von ARD und ZDF, wird in diesem Kontext als **vertrauenswürdige und regelmäßig konsumierte Quelle** genannt. Vermehrt wurden auch längere Beiträge und vollständige Debatten im Bundestag angeschaut. Im Kontext ihrer Wahlentscheidung war häufig das Ergebnis des **Wahl-O-Mat** ausschlaggebend.

„Ich muss ehrlich sagen, bei Politik und Social Media bin ich komplett raus. Ich versuche, das auch möglichst konsequent von meinem ganzen Instagram-Feed und Sonstigem rauszuhalten.“

„Wenn ich so politische Sachen bei Instagram lese, denke ich mir, ob das wirklich stimmt?“

„[Ich] suche bei Instagram nicht nach irgendwelchen allgemeinen Informationen, weil da kann jeder halt was posten und das ist für mich dann auch irgendwie nichts wert.“

„Für mich ist Insta oder TikTok auch keine seriöse Quelle.“

„Ich hab' ich mich eigentlich eher auf den Wahl-O-Mat [...] verlassen.“

Rückgewinnung für demokratische Optionen

Bei einem Großteil der Neuen ist ein Wechsel in der zukünftigen Wahlentscheidung denkbar. Sie wirken programmatisch nur im Bereich Migration von der Partei wirklich überzeugt und verstehen sich selbst nach ihrer ersten AfD-Wahl noch nicht als gefestigte AfD-Wähler:innen. Entsprechend der gängigen Forschung haben sie – auch aufgrund ihres Alters – noch keine gefestigte politische Einstellung (Franklin, 2020; Kiess & Porto, 2024; Lang, 2023; Steiner, 2023; Rekker, 2022), auch wenn vergangene Wahlentscheidungen künftige beeinflussen. Selbst wenn einige Haltungen sehr überzeugt vorgetragen werden, ist spürbar, dass die Neuen der Partei nicht blind vertrauen und offen für konservative und teilweise auch progressive Perspektiven sind.

Übergreifend kommt bei der faktenbasierten Kontextualisierung von Politik und der Demokratiebildung den **öffentlich-rechtlichen Medien** eine **bedeutende Rolle** zu. Wie oben beschrieben, gibt es von den Neuen geschätzte Formate, wie „funk“, die sie regelmäßig konsumieren und denen sie vertrauen.

Mobilisierungspotential

Nachfolgend werden – anknüpfend an die vorhergehende Analyse – Ansätze für Mobilisierungspotenziale bei den Neuen für demokratische Optionen aufgezeigt.

Demokratische Profilierung: Die grundlegend konservativen Lebensentwürfe der Neuen bieten

den Unionsparteien einen Ansatzpunkt zur Mobilisierung. Zwar gelten CDU und CSU (auch persönlich) als in die Jahre gekommen, daher ideen- und kraftlos, aber dieses Image ist nicht unumkehrbar. Als unattraktiv wird zudem gesehen, wenn die Union versucht, wie die AfD zu sein (z. B. in Ankündigungen in der Migrationspolitik), dann aber nicht dieselben Taten folgen lässt (z. B. weil es gegen geltendes Recht verstößt oder nicht ganzheitlich in der Partei erarbeitet und gewollt ist). Etwaige Versuche stärken die AfD, nicht die Union. Die Union könnte stattdessen ein erweitertes Sicherheitsangebot betonen, das seriös über Migrationspolitik hinausgeht und sich klar vom radikalen Populismus abgrenzt. Erstaunlich ist, dass die Grünen – häufig Zielscheibe der AfD – zwar vereinzelt, aber nicht per se von den Neuen abgelehnt werden. Insbesondere ihre Klima- und Energiepolitik werden stellenweise sogar gelobt, auch wenn einige sie an dieser Stelle für ideologisch und verblendet halten. Auch die Social-Media-Kommunikation, bspw. von Robert Habeck, fand lobende Worte. Für die Neuen gilt daher nicht unbedingt, dass der Weg von der AfD zu den Grünen der Längste wäre. Demokratische Parteien sollten sich ihrer jeweiligen Stärken (inhaltlich und kommunikativ) bewusst sein und diese vor allem in Abgrenzung zu den radikalen Populisten auch gegenüber den Neuen herausstellen.

„Welchen Internetauftritt ich gut fand, einfach nur von der Strategie, [...] waren tatsächlich dieses Mal die Grünen. Robert Habeck war immer direkt präsent, bei Instagram hat er immer direkt was gesagt und bei YouTube auch, das fand ich sehr gut.“

We listen and don't judge: Die Neuen fühlen sich von Politiker:innen und Parteien des demokratischen Spektrums wegen ihrer Wahlentscheidung ausgegrenzt und vorverurteilt. Hinzu kommt, dass viele junge Menschen, so auch die Neuen, sich generell von Politik selten ernst genommen fühlen.⁶ Dabei wünschen sich viele der Neuen Kontakt; sie sind interessiert und sie nehmen durchaus wahr, wer bei Ihnen in der Einkaufspassage einen Parteistand aufbaut, wer beim Feuerwehrfest und im Social-Media-Feed

auftaucht – und wer nicht. Es steht darum zu vermuten, dass junge AfD-Sympathisant:innen einer ernstgemeinten Kontaktaufnahme in Form eines eher zuhörenden Gesprächsangebots demokratischer Parteien offen gegenüberstünden – sowohl in Bezug auf polit-programmatische Vorschläge, als auch um die beschriebenen Gefühle von Dissonanz und Vorverurteilung abzubauen. Die Offline-Kommunikation sollte in keinem Fall unterschätzt werden. Generell gilt bei der Kommunikation, dass eine verständliche, ehrliche und aufrichtige Rede geschätzt wird – selbst wenn diese nicht der Meinung der Neuen entspricht.

Sicherheit faktisch stärken und emotional stiften:

Von den Neuen werden zwei Themen als zentral für ihre Wahlentscheidung genannt: Sicherheit und Migration. In migrationspolitischen Fragen hat dabei die AfD einen derartig wahrgenommenen Kompetenzvorsprung, dass demokratische Parteien hier kein sinnvolles Angebot machen können, das von den jungen Wähler:innen nicht als Kopie von oder gar Beleg für den Erfolg der AfD gesehen würde. Hingegen besteht ein starkes Interesse an einem sicherheitsstiftenden Politikangebot. Die Diskrepanz zwischen der allgemeinen Problemwahrnehmung des Landes und den persönlichen Problemen des Alltags deutet darauf hin, dass es nicht nur um faktische Sicherheitsmaßnahmen geht, sondern auch um emotionale Botschaften und die Herstellung eines größeren Sicherheitsgefühls. Um diesem Bedürfnis zu entsprechen, lohnt sich daher ein demokratisches Sicherheitsangebot, das soziale, familiäre, gesundheitliche und ökologische Dimensionen ebenso berücksichtigt, wie die der Sicherheit im öffentlichen Raum oder in der Außenpolitik. Zentral ist es, die Kompetenz über solch ein umfassenderes, inklusives Sicherheitsangebot zu erlangen und sich dadurch klar und überzeugend von dem Sicherheitsverständnis der Extremisten abzugrenzen – auch sprachlich. Das **demokratische Sicherheitsangebot** sollte gleichsam als positiver Zukunftsentwurf gelten, der dem aktuellen Pessimismus entgegenwirkt.

Vertrauen in Prozesse durch eigenes Erleben:

Wo das Demokratische endet und das Extreme beginnt, ist den Neuen kaum bekannt – ebenso wenig, nach welchen Regeln sich eine Regierung finden kann und was ein Koalitionsvertrag bedeutet. Das Gefühl, selbst nichts zu sagen zu haben, sodass einem nur die Stimmabgabe bleibt, ist verbreitet. Genau wie der Gesamtgesellschaft, würde den Neuen mehr demokratisches Erleben im Alltag helfen, Komplexität zu verstehen, Prozesse zu bewerten und Perspektiven zu wechseln. Das kann über demokratische Pflichtdienste, Bürger:innenräte oder ehrenamtliche Lokalämter geschehen – im eigenen Wohnort, am Ausbildungsplatz, im Betrieb oder in der Nachbarschaft.

Demobilisierungspotential

Aus den Ergebnissen der Analyse ergeben sich auch konkrete Demobilisierungspotenziale in Hinblick auf die einmal getätigte, aber in der Regel nicht verfestigte Wahlentscheidung der Neuen:

Enttäuschung: Enttäuschung ist einer der Haupttreiber für die Wahlentscheidung der Neuen gewesen. Sie wählen bisher nicht mit großer, positiver Leidenschaft. Das lässt vermuten, dass Enttäuschung auch ein treibender Faktor für eine erneut abweichende Wahlentscheidung sein kann. Diese kann sich entweder einstellen, weil ihnen bewusst wird, dass die AfD aktuell keine Chance hat, zu regieren (bzw. anderweitig bedeutenden Einfluss zu nehmen) oder auch weil der Glaube daran verloren geht, dass die Partei wichtige und richtige Impulse setzen kann (z. B. aufgrund von mangelnder Kompetenz, der falschen Themensetzung oder dem falschen Personal). Demokratische Parteien können in dieser Hinsicht vor allem dafür sorgen, dass das Wirkungsversprechen der AfD nicht aufgeht.

Kompetenzlücken adressieren und problematisieren: Die Neuen wissen zumindest teilweise um die Kompetenzlücken der AfD. Allerdings sind die Themen, bei denen sie die AfD durchaus für kompetent halten – Migration und Kriminalitätsbekämpfung – im öffentlichen Diskurs über-

aus präsent. Demokratische Parteien müssten das Interesse haben, einerseits wesentlich mehr über solche Themen zu sprechen, bei denen ihnen – und nicht der AfD – Kompetenzen zugewiesen werden; mit nachvollziehbaren Erläuterungen, die aufzeigen, weshalb diese Themen auch für sie persönlich relevant sind. Andererseits sollten sie über Migration in einem erkennbar anderen Ton sprechen, der Probleme wie Chancen klar adressiert. Hier sollten auch Hinweise Raum bekommen, die die negativen Auswirkungen der AfD-Politikvorschläge zeigen: Inwiefern sind deren Ideen auch für dich nicht fair?

„Zum Beispiel Energiebranche. Ich weiß nicht, ob die Erfahrungen fehlen oder was die Intention dahinter ist, aber es gibt ja Daten, Fakten, Prognosen, die das Gegenteil belegen und da finde ich, fehlt der AfD das offene Ohr ... Ich weiß nicht, ob jemand die Zusammenfassung von Joko und Klaas gesehen hat? Fand' ich halt auch super hilfreich. Er meinte, er will keinen dazu bringen, wen er wählen soll oder wen nicht und hat es dann ganz gut mit belegten Daten, Fakten, warum, wieso, weshalb. Und ich hab das Gefühl, dass die Parteien manchmal nicht richtig damit beschäftigen. Es wäre für mich fatal, wenn die [AfD] sich für was entscheiden, ohne sich vorher da wirklich ernsthaft Gedanken zu machen.“

„Ich habe ja vorher schon mal gesagt, dass ich nur Teile des Wahlprogramms gut finde. Wenn die [AfD] jetzt alles umsetzen würden, wäre ich jetzt nicht mehr so glücklich.“

Faschistoide Züge (und deren Wirkung) ganzheitlich zeigen: Die Neuen bringen bekannte Personen mit klar extremistischen Einstellungen in der AfD, Informationen über zahlreiche Einstellungen Rechtsextremer in Bundestagsbüros und Gerichtsurteile über extremistische Landesverbände (Armbrust et al., 2024; Decker, 2022) nicht miteinander in Verbindung. Trotz ihrer Häufigkeit sind diese Vorkommen für sie Einzelfälle. Auch die Verbindung von Gedanken zu Worten zu Taten wird nicht gesehen oder verstanden. Die Offen-

legung und Erklärung dieser Zusammenhänge ist essenziell und sollte nüchtern, faktenbasiert und wiederholt erfolgen. Beispiele aus anderen Ländern (ja, sie setzen tatsächlich um, was sie sagen) könnten bei jungen Wähler:innen zu einer faktenbasierten Meinungsbildung beitragen. Unter den Neuen scheint der Verfassungsschutz – trotz negativen AfD-Framings – nicht delegitimiert.

„Da sind ja auch andere Punkte bei, wo man halt nicht hundertprozentig hinter steht, wofür die sind. Ich glaube, deswegen haben sich viele doch auch dagegen entschieden, die zu wählen, weil [Rechtsextremismus] halt doch ein großer Punkt ist. Es ändert sich ja nicht alles. Die Frage ist, was sich ändert, wenn die an die Macht kommen. Man kann ja nicht in die Leute hinein gucken, was deren Prioritäten sind. Wenn man jetzt zu einem ja sagt, die aber das andere umsetzen, wofür man jetzt nicht steht, ob man das wirklich möchte (...).“

Debattenklima – Gründe aufzeigen und zur Verbesserung beitragen: Die Neuen spüren das schlechte gesellschaftliche Debattenklima – und sie leiden selbst darunter. Es gefällt ihnen nicht, dass Menschen einander ausschließen und verurteilen. Für sie geht dieses unheilvolle Klima fast gänzlich von Mitte-links aus. Die maßgebliche Beteiligung der AfD am Debattenklima, die Regelbrüche und Verstöße, die gezielten Provokationen und das starke Übergewicht rechtsradikaler Gewalttaten im Verhältnis zu linksradikalen muss häufiger und deutlicher aufgezeigt werden – wie oben erläutert, ebenfalls eher nüchtern als empört. Zudem ist es wichtig, mit gutem Beispiel einer demokratischen Debattenkultur, z. B. im Parlament oder bei TV-Debatten, voranzugehen. Auch sollten Vertreter:innen demokratischer Parteien ebenso vernehmbar Angriffe auf AfD-Büros verurteilen, wie sie es bei Büros anderer Parteien tun.

Kopfstand: Welche Strategien im Umgang mit der AfD bestätigen die Neuen in ihrer Wahlentscheidung

Bei der Kopfstand-Methode steht die Frage im Mittelpunkt, was geschehen müsste, damit das beabsichtigte Ziel weiter in die Ferne rückt. Die Methode kann inspirieren und warnen. Folgendes würde vermutlich eher bewirken, dass die Neuen weiterhin die AfD wählen:

1. Ausgrenzung und Verurteilung der AfD ohne Erklärung

Lehnen Parteien des demokratischen Spektrums die AfD gänzlich und klar vernehmbar ab (kein unnötiger Kontakt, keine Zusammenarbeit, öffentliche Verurteilung etc.), ohne dies klar und wiederholt zu begründen, wird der Eindruck bei den Neuen bestärkt, dass es „unfair“ zuginge. Die gleichsam verurteilende Behandlung von Wähler:innen und Amtsträger:innen würde diesen Eindruck weiter verstärken.

2. Politische Kompromisse ohne Erklärung

Begründen die Koalitionen im Bund und auch auf Landesebene nicht ihre gefundenen Kompromisse und stellen die Vorteile ihrer Einigungen auch für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen vor, so entsteht bei den Neuen der Eindruck, es gäbe keinen Fortschritt, sondern nur halbgare Scheinlösungen. Gönnen sich Koalitionspartner keine Erfolge und reden diese fortwährend schlecht, verstärkt sich dieser Eindruck.

3. Unklare Standpunkte, keine Verlässlichkeit in Aussagen

Kommt es zu einem oder gar mehrfachen deutlichen Meinungs- und Haltungswechseln von einer Partei oder einer Person, entsteht bei den Neuen der Eindruck, dass diese Parteien und Personen nicht verlässlich sind, die Sache nicht ernst meinen. Diese müssen also gut erklärt und vermittelt werden. Insgesamt bedarf es einer klaren Kommunikation, die auch die jungen Wähler:innen mitdenkt.

Wankelmut, heiße Luft und Widersprüche in der Politik erhöhen das Unsicherheitsgefühl der Neuen.

4. Framing von Themen wie Sicherheit der AfD überlassen

Die Neuen wünschen sich Sicherheit – und nicht nur sie. Ihr Unsicherheitsgefühl geht weit über den öffentlichen Raum oder Migrationsfragen hinaus und betrifft konkret ihre Gesundheit, ihren Arbeitsplatz, ihre finanzielle Absicherung, ihre Daten, ihre Umwelt und so weiter. Reden die Parteien des demokratischen Spektrums entweder gar nicht von holistischer Sicherheit oder nur von einem Sicherheitsbegriff, wie ihn die AfD versucht zu setzen, so werden die Neuen in ihrer Vermutung bestätigt, Sicherheit nur mit der AfD finden zu können. Denselben Effekt hätte es, andere bewegende Themen gar nicht oder im Sound der radikalen Populisten zu besprechen.

Schlussbemerkung

Die gewonnenen Erkenntnisse bieten einen breiten, jedoch induktiven Einblick, warum die AfD bei jungen Wähler:innen in der Bundestagswahl 2025 beliebt war. Sie sollten ein Weckruf und eine Handlungsaufforderung für alle Demokrat:innen sein, einen Schritt auf die nächste Generation zuzugehen und sie für die Zukunft unseres Landes, die dafür benötigten Transformationen und unser demokratisches System zu begeistern. Auch wenn viele Aussagen der Neuen erschrecken und starke Ressentiments sowie klaffende Wissenslücken offenbaren, macht die Summe der Gespräche eher Mut: Die Neuen respektieren das politische Geschäft, sie haben Lust auf eine sichere und gerechte Zukunft sowie auf Dialog und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie konsumieren öffentlich-rechtliche Medien und wären prinzipiell bereit, demokratischen Parteien ihre Stimme zu geben.

Endnoten

- 1 Stand 9. Mai 2025 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz der AfD im Rahmen ihrer Klage eine sogenannte Stillhalteusage gegeben. Somit verzichtet der Verfassungsschutz vorläufig darauf, die AfD öffentlich als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ zu beschreiben.
- 2 Laut der Studie „Jung. Kritisch. Demokratisch.“ der Bertelsmann Stiftung steht die Anhäufung vieler Besitztümer an erster Stelle der Ziele, die sich junge Menschen in Deutschland stecken (von Görtz & Langness, 2024).
- 3 Stellenweise erinnern die Neuen an „die Pragmatischen“ aus der Studie „Die andere deutsche Teilung“ (2019) von More in Common. Hier heißt es z. B.: „Ihr Blick auf die Gesellschaft ist in erster Linie nutzenorientiert. Ihr ideales Deutschland soll erfolgreich, modern und selbstbewusst sein, um den Menschen gute Ausgangsbedingungen für ihr persönliches Fortkommen zu bieten. Dazu passt, dass sie kaum Aspekte des Landes finden, auf die sie besonders stolz sein können. Entsprechend haben die Pragmatischen auch kein emotionales, sondern ein eher funktionales Verhältnis zum politischen System.“
- 4 Dieser Themenfokus entspricht den repräsentativen Daten von AfD-Wähle:rinnen jeden Alters (Schnitzer et al., 2025; tagesschau.de, 2025c).
- 5 von den Teilnehmenden häufiger unwissentlich falsch „Bernd“ genannt.
- 6 41 Prozent der 16- bis 25-Jährigen glauben: „der Regierung sind wir einfache Menschen egal“ – bei AfD-nahen Jugendlichen sogar 70 Prozent (Institut für Generationenforschung, 2024). Nur 8 Prozent der jungen Men-

schen geben an, Politiker:innen für glaubwürdig zu halten – der niedrigste Wert unter den in einer Studie abgefragten Berufsgruppen, darunter auch Lehrer:innen und Journalist:innen (Vodafone Stiftung, 2024). Viele junge Menschen berichten von frustrierenden Beteiligungsformaten ohne echte Wirkung („am Ende passiert sowieso nichts“) (Okroi & Wendt, 2024); sie vermissen Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit im politischen Geschehen (Schörghuber Gruppe, 2025). Nach einer Studie der TUI Stiftung (2024) gilt das nicht nur für deutsche Jugendliche: 35 Prozent der jungen Europäer:innen fühlen sich gegenüber älteren Generationen benachteiligt; 56 Prozent sagen, Politiker:innen kümmern sich nicht um Menschen wie sie.

Literaturverzeichnis

Armbrust, N., Barthel, J., Khamis, Sami, Meyer-Fünffinger, A., Nabert, A., Nierle, V., Streule, J., & Zierer, M. (2024, März 12). Mitarbeiter von Abgeordneten: AfD im Bundestag beschäftigt mehr als 100 Rechtsextreme. *tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-bundestag-rechtsextreme-mitarbeiter-100.html>

Asiye, Ö. (Hrsg.). (2012). *Protest und Beteiligung*. Bundeszentrale für politische Bildung.

Behre, J., Hölig, S., & Möller, J. (2024). Reuters Institute Digital News Report 2024: Ergebnisse für Deutschland. *Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts*, 72, 68 S. <https://doi.org/10.21241/SSOAR.94461>

Bundesamt für Verfassungsschutz. (2025, Mai 2). *Bundesamt für Verfassungsschutz stuft die „Alternative für Deutschland“ als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein*. *verfassungsschutz.de*. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/pressemitteilung-2025-05-02.html>

Decker, F. (2022, Dezember 2). *Etappen der Parteigeschichte der AfD*. Bundeszentrale für politische Bildung. Parteien in Deutschland. <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273130/etappen-der-parteigeschichte-der-afd/>

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung. (2025). *Politische Einstellungen und Wahlverhalten junger Menschen*. Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH. <https://www.dkjs.de/wp-content/uploads/2025/02/analyse-politische-einstellungen-und-wahlverhalten-junger-menschen.pdf>

Feierabend, S., Rathgeb, T., Gerigk, & Glöckler, S. (2024). *JIM 2024. Jugend, Information Medien*.

Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest.

Franklin, M. N. (2020). Consequences of Lowering the Voting Age to 16: Lessons from Comparative Research. In J. Eichhorn & J. Bergh (Hrsg.), *Lowering the Voting Age to 16* (S. 13–41). Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-030-32541-1_2

Institut für Generationenforschung. (2024). *Die neue Generation von Erstwählern*. Institut für Generationenforschung. <https://www.generation-thinking.de/post/jugendwahlstudie-2024>

Kiess, J., & Portos, M. (2024). *Eppur si Muove !* Young People, Issue Salience and Volatility in Nine European Countries. *Government and Opposition*, 59(3), 696–717. <https://doi.org/10.1017/gov.2022.49>

Lang, A. (2023). Voting at 16? 16–17-Year-Old Germans Vote as Correctly as Adults. *Political Psychology*, 44(4), 857–870. <https://doi.org/10.1111/pops.12892>

Lewandowsky, M. (2024). *Was Populisten wollen: Wie sie die Gesellschaft herausfordern – und wie man ihnen begegnen sollte | Das Buch für das Superwahljahr 2024*. Kiepenheuer & Witsch.

Lewandowsky, M., & Wagner, A. (2023). Fighting for a Lost Cause? Availability of Populist Radical Right Voters for Established Parties. The Case of Germany. *Representation*, 59(3), 485–512. <https://doi.org/10.1080/00344893.2022.2091012>

More in Common. (2019). Die 6 Typen der deutschen Gesellschaft. More in Common. <https://www.moreincommon.de/forschung/6-gesellschaftliche-typen/>

Mudde, C. (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition*, 39(4), 541–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>

Niendorf, T. (2025, Februar 24). *Bundestagswahl-analyse. Die AfD ist jetzt die Partei der Arbeiter – und Arbeitslosen*. Frankfurter Allgemeine. <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/bundestagswahl-2025-in-der-analyse-afd-jetzt-partei-der-arbeiter-110316171.html>

Okroi, J., & Wendt, F. (2024). *VoiceUp! Junge Stimmen zu Meinungsfreiheit. Auswertungsbericht von qualitativen Gruppendiskussionen der Initiative VoiceUp! im Jahr 2024*. Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH.

Rekker, R. (2022). Young trendsetters: How young voters fuel electoral volatility. *Electoral Studies*, 75, 102425. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2021.102425>

Schnitzer, S., Hampel, K., & Hurrelmann, K. (2024). *Trendstudie Jugend in Deutschland 2024: Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber*. Datajockey Verlag.

Schnitzer, S., Hampel, K., & Hurrelmann, K. (2025). *Trendstudie Jugend in Deutschland 2025. Spezial zur Bundestagswahl*. Datajockey Verlag.

Schörghuber Gruppe. (2025). *Puls-Check Generation Future 2025. Die Schörghuber Studie über das Leben in der Welt von morgen*. Schörghuber Stiftung & Co. Holding KG.

Schroeder, W., & Weißels, B. (2023). *Radikalisiert und etabliert: Die AfD vor dem Superwahljahr 2024. OBS-Arbeitspapier 59*. Otto Brenner Stiftung. https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP59_AfD_Schroeder_Wessels.pdf

Seyd, B. (2013). *Exploring Political Disappointment*. EPOP annual conference, Lancaster.

Steiner, N. D. (2023). Generational change in party support in Germany: The decline of the Volksparteien, the rise of the Greens, and the transformation of the education divide. *Electoral Studies*, 86, 102706. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2023.102706>

tagesschau.de. (2021, September 26). Bundestagswahl 2021. Wer wählte die AfD – und warum? tagesschau. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-afd.shtml>

tagesschau.de. (2024, September 2). AfD-Ergebnisse. Überzeugung statt Protest. tagesschau. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/analyse-ltw-afd-100.html>

tagesschau.de. (2025a). *Bundestagswahl 2025. Stimmanteile bei Erstwählenden im Vergleich zu 2021*. tagesschau. https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/charts/umfrage-werwas/chart_1874859.shtml

tagesschau.de. (2025b). *Bundestagswahl 2025. Wahlentscheidung erfolgt aus...* tagesschau. https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/charts/umfrage-afd/chart_1874767.shtml

tagesschau.de. (2025c). *Welche Themen entschieden die Wahl?* tagesschau. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-wahlentscheidend.shtml>

Trebing, M. (2025, Februar 24). *Bundestagswahl 2025. Wieso Ost und West unterschiedlich wählen*. zdfheute. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/bundestagswahl-ost-west-gruende-wahlverhalten-100.html>

TUI Stiftung, & YouGov Deutschland. (2024). *Junges Europa 2024. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren* (Die Jugendstudie der TUI Stiftung). https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2024/05/2024_05_27-YouGov-Gesamtstudie_Junges_Europa_2024.pdf

Vodafone Stiftung. (2024). *Junge Stimmen, starke Wirkung? Wie Jugendliche Freiheit in unserer Gesellschaft erleben*. <https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2024/05/VodafoneStiftung-Junge-Stimmen-starke-Wirkung.pdf>

von Görtz, R., & Langness, A. (2024). *Jung. Kritisch. Demokratisch.: Perspektiven junger Erwachsener auf die Herausforderungen unserer Zeit*. <https://doi.org/10.11586/2024007>

Das Team hinter der Analyse

TTrex



CAMPACT

Um unsere Demokratie vor Angriffen von Rechtsaußen zu schützen, braucht es eine engagierte Zivilgesellschaft. Sie muss verstehen, was rechtsextreme Gruppen und Parteien stärkt, und Wege finden, Bürger*innen für die Demokratie zu begeistern. Im **Thinktank Rechtsextremismus (TTrex)** der Kampagnen-Organisation Campact erarbeiten wir tragfähige Strategien für die demokratische Zivilgesellschaft.



Campact e.V.



@campact.de



@campact.bsky.social

www.campact.de

Das Progressive Zentrum



Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und als gemeinnützig anerkannter Berliner Think Tank. Seit dem Jahr 2007 setzt die Organisation mit Studien, Publikationen und Veranstaltungen Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt. Ihr Ziel ist es, Orientierung in politischen Debatten zu stiften und mit ihrem Netzwerk eine Plattform für Progressive aus Deutschland, Europa und Nordamerika zu bieten – und so einer zukunftsfähigen Gesellschaft ein Stück näherzukommen, die allen gleiche und gute Lebenschancen ermöglicht.



Das Progressive Zentrum



@dpz_berlin



@dpzberlin.bsky.social

www.progressives-zentrum.org

Die Autorin



Paulina Fröhlich ist stv. Geschäftsführerin und verantwortet den Schwerpunkt „Resiliente Demokratie“ des Berliner Think Tanks Das Progressive Zentrum. Dort leitet sie die Demokratiekonferenz „Innocracy“, gestaltet Dialog- und Diskursräume und ist Co-Autorin von mehreren Publikationen wie u.a. „Die Übergangenen – Strukturschwach und Erfahrungsstark.“ (2022). Nach ihrem Studium gründete Paulina mit anderen die Initiative Kleiner Fünf, welche Menschen darin unterstützt, mithilfe „radikaler Höflichkeit“ gegen Rechtspopulismus aktiv zu werden. Das politische Geschehen kommentiert sie u.a. für Deutschlandfunk Kultur, sowie regelmäßig bei „Die Frage des Tages“ von Radio3. Im Wintersemester 22/23 unterrichtete Paulina als Gastdozentin an der Universität der Künste und wurde 2023 in das Forum #Zukunftsstrategie im Bundesministerium für Bildung und Forschung berufen.

 [@paulinafroehlich.bsky.social](https://bsky.app/profile/paulinafroehlich.bsky.social)

 [@Paulina Fröhlich](https://www.linkedin.com/company/paulinafroehlich)

 [@paulina.froehlich](https://www.instagram.com/paulina.froehlich)

Dank

Dieses Analysepapier ist in intensiver, kooperativer Teamarbeit zwischen den Mitarbeiter:innen von TTRex / Compact und dem Progressiven Zentrum entstanden. Zahlreiche Stunden des aufmerksamen Zuhörens in Fokusgruppengesprächen und die anschließenden, oft lebhaften Diskussionen zur Auswertung haben den Kern unserer Erkenntnisse geformt. Unser Dank gilt daher insbesondere Dr. Miriam Schader, Victoria Gulde, Dr. Marcel Lewandowsky, Sebastian Pieper, Carl Schüppel und Dr. Florian Ranft. Ein besonderer Dank gebührt Melanie Weiser für ihre sorgfältige Auswertung, ihre präzisen Formulierungen und ihre unermüdlichen Recherchen, die maßgeblich zur Qualität dieses Papers beigetragen haben. Für die Unterstützung bei der Literaturrecherche und Quellenaufbereitung danken wir Carla Agha Ebrahim.

Einen herzlichen Dank richten wir zudem an die Agentur für Wahl- und Meinungsforschung pollytix, die uns erneut mit höchster Professionalität und großer Freude an der Zusammenarbeit bei der Konzeption und Durchführung der Erhebung unterstützt hat.

Partnervermerk

„Wer sind die Neuen? Warum junge Menschen bei der Bundestagswahl 2025 erstmalig AfD gewählt haben. Eine Fokusgruppen-Analyse“ ist eine Veröffentlichung in Kooperation von TTRex und Das Progressive Zentrum.

Zitationsvorschlag

TTRex – Thinktank Rechtsextremismus, Das Progressive Zentrum (2025). Wer sind die Neuen? Warum junge Menschen bei der Bundestagswahl 2025 erstmalig AfD gewählt haben. Eine Fokusgruppen-Analyse, Das Progressive Zentrum. www.progressives-zentrum.org

Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e. V., 2025
Veröffentlicht im Mai 2025

V.i.S.d.P.:

Dominic Schwickert

c/o Das Progressive Zentrum e. V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorstand:

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Judith Siller, Joachim Knodt

Geschäftsführung:

Dominic Schwickert, Paulina Fröhlich

Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats:

Prof. Dr. Anke Hassel

Herausgeberschaft:

TTRex – Thinktank Rechtsextremismus,
Das Progressive Zentrum

Autorin:

Paulina Fröhlich

Mitarbeit:

Melanie Weiser, Dr. Miriam Schader,
Victoria Gulde, Dr. Marcel Lewandowsky,
Sebastian Pieper

Redaktion und Lektorat:

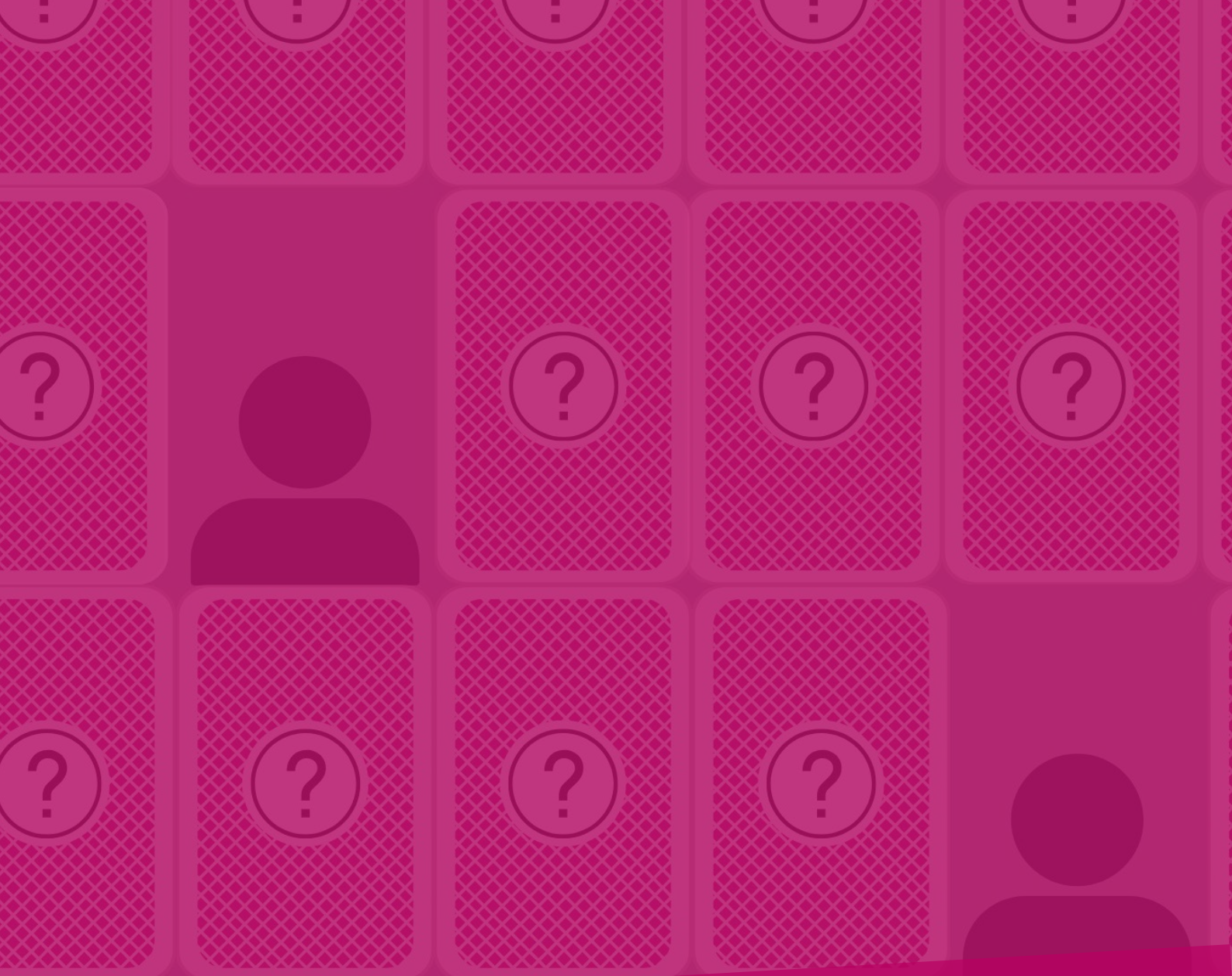
Maria Menzel-Meyer, Aaron Remus

Layout und Satz:

Greta Fleck

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org

DOI: 10.5281/zenodo.15462443



Das Progressive Zentrum



@dpz_berlin



@dpzberlin.bsky.social

www.progressives-zentrum.org